



Sitzungsdatum 18. März 2013

Beginn **19:00 Uhr**

Sitzungsort Alte Mühle, grosser Saal

Beschlüsse

Vor Beginn der Beratung wurde die Traktandenliste durch Beschluss des Stadtrates um Traktandum Nr. 7 (neu) "Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal; Beschluss des Stadtrates vom 18. Juni 2012 betreffend Erheblicherklärung; Wiedererwägung" ergänzt.

1. Die Berichterstattung des Gemeinderates zum am 18. Juni 2012 erheblich erklärten Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Gewährleistung der Ordnung und Verfügbarkeit der historische Dokumente Langenthals, wurde zur Kenntnis genommen und das Postulat erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.
2. Die Fristverlängerung um zwei Jahre (bis 18. Mai 2015), für die Bearbeitung der Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv (erheblich erklärt am 18. Mai 2009) wurde genehmigt.
3. Die Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 17. September 2012: Kein Jekami auf Verkehrskreiseln, wurde als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und nicht erheblich erklärt.
4. Die Motion Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Einführung des Pensionsalters 65 für das Personal der Stadtverwaltung Langenthal, wurde in ein Postulat gewandelt und als solches erheblich erklärt.
5. Die Motion Baumgartner Renato (SP), Rickli Karin (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (JL), Marti Bernhard (SP), Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Veloabstellplätze am Bahnhof - Verbesserung der Situation, wurde als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt.
6. Die Motion der FDP/JL/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit, wurde als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt.
7. Der Stadtratsbeschluss vom 18. Juni 2012 zum Traktandum Nr. 7 betreffend die "Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal", wurde in Wiedererwägung gezogen.
8. Das Postulat Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 17. September 2012: Attraktive Sicht zum Wasserrad Sagibach, wurde nicht erheblich erklärt.
9. Das Postulat Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Reduktion der Grünabfuhr-Gebühren, wurde erheblich erklärt.
10. Die Interpellation Scheibli Nathalie (SP) vom 17. September 2012 betreffend die Zufahrt auf die Parkplätze des Baufeldes 2 der Überbauungsordnung Nr. 25 "Fussgängerzone Marktgasse/Parkierung Sagibach", wurde beantwortet.
11. Die Interpellation Reçi-Dauti Lurata (SP) vom 17. September 2012 betreffend die Fussgängerstreifen-Situation an der Bern-Zürichstrasse, wurde beantwortet.
12. Die Interpellation Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012 betreffend das Agglomerationsprogramm Langenthal, wurde beantwortet.



13. Die Interpellation Dietrich Pascal (jll) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012 betreffend die Zukunft der bestehenden Bahnlinie in den Ortsteil Untersteckholz, wurde beantwortet.
14. Die Interpellation Dietrich Pascal (jll) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012 betreffend die Zukunft der Stadtbus-Linien am Sonntag, wurde beantwortet.
15. 4 Parlamentarische Vorstösse wurden eingereicht:
 - Motion Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 18. März 2013: Aufhebung der Defizitgarantie der Stadt Langenthal für die Stiftung für Alterswohnungen Langenthal
 - Motion Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. März 2013: Aufhebung der Ausnützungsziffer (insbesondere Art. 26 - 28 sowie Art. 31 Baureglement)
 - Motion Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 18. März 2013: Verkehrstechnische Massnahmen bei der Kreuzung Waldhofstrasse/St. Urbanstrasse
 - Interpellation Stäger Christoph (glp) vom 18. März 2013 betreffend Signalisation Brünnelikreisel

Langenthal, 18. März 2013

Die stv. Stadtschreiberin
Mirjam Tschumi

Allfällige Beschwerden gegen die Beschlüsse des Stadtrates sind innert 30 Tagen seit Veröffentlichung, das heisst bis am 22. April 2013, beim Regierungsstatthalteramt Aarwangen, Schloss, Postfach 175, 3380 Wangen a. Aare, einzureichen.